

Thesenpapier zur Vorstellung des Abschlußberichts des Vorsitzenden der Zukunftskommission

Die Zukunftskommission, die Herr Ministerpräsident Rüttgers im Mai 2008 eingesetzt hat, stellt am 20. April 2009 ihren Abschlussbericht vor. Er ist Ergebnis eines nahezu einjährigen Diskussionsprozesses von 23 hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, die sich mit den gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten 15 Jahre befasst haben: Es geht um Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025: Wie wird sich das Land entwickelt haben? Und vor allem: Wie *sollte* sich das Land entwickeln? Das heißt: Welche politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen sind heute notwendig? Das sind die Kernfragen des Berichts unter der Überschrift „Innovation und Solidarität“. Der Titel ist Ausdruck einer Grundhaltung, die sich wie ein roter Faden durch den Text zieht: Dass Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Und dass es gilt, Neues zu schaffen und dabei Bewährtes zu erhalten. Beides ist auch die Leistung des „rheinischen Kapitalismus“.

Der Bericht nimmt nicht für sich in Anspruch, Blaupause für das Regierungshandeln der nächsten Jahre zu sein. Er versteht sich eher als Quelle für Ideen, als Anregung für eine breite öffentliche Debatte, auch als Indikator für bestehende Defizite. Bildung, Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft sind die großen Themen, aber mit Schwerpunkten: Wie schaffen wir mehr Chancen für diejenigen, die keine Erfolg auf dem normalen Bildungsweg haben? Wie können wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit mehr Arbeitssicherheit verbinden? Was sind die entscheidenden Voraussetzungen für Innovationen in der Wirtschaft? Und wie gelingt der Zusammenhalt der Gesellschaft, vor allem die Integration der Zuwanderer? Außerdem greift der Bericht mit eingestreuten „Warum-nicht..?-Fragen“ politisch kontroverse, teilweise tabuisierte Fragen auf, um deutlich zu machen, wie wichtig die öffentliche Diskussion über solche Themen für die Gestaltung der Zukunft ist. Sie werden im Anhang aufgelistet.

Die Kommission hat ihre Arbeit vor der Wirtschaftskrise aufgenommen. Gleichwohl hat diese Krise die Schlussdebatte der Kommission beeinflusst, aber ohne zuvor Entwickeltes aufzuheben. Sie sieht sich gerade durch die Krise vielmehr in ihrer Auffassung bestätigt, dass eine Gesellschaft der aktiven Bürger von der Verbindung von Innovation und Solidarität lebt. Das ist die Tradition des „rheinischen Kapitalismus“. Sie hat sich bewährt. Denn eine Gesellschaft, die nur auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovationen setzt, droht auseinander zu fallen. Eine Gesellschaft, die sich mit der Erhaltung des Status quo begnügt und allenfalls Fragen der „gerechten“ Verteilung stellt, droht zu erstarren. Nur wenn Innovation und Solidarität zusammenkommen, hat die Gesellschaft freier Bürger Zukunft. Aber eine Rückbesinnung auf die Traditionen allein wird nicht ausreichen, um die

notwendigen Innovationen in Gang zu setzen. Die Politik ist gefordert, neue Wege der Verbindung von Innovation und Solidarität zu gehen.

Nicht alle Themen können vorgestellt werden, deshalb nur einige Kernthesen:

1. Gut Ausgebildete verlassen das Land – das muss gestoppt werden

Bis 2025 wird Nordrhein-Westfalen durch Abwanderung weiter schrumpfen (Prognosen rechnen mit rund einer halben Million Einwohner). Besorgnis erregend ist, dass vor allem ausgebildete Akademiker das Land verlassen. Schon heute hat Nordrhein-Westfalen zwar die meisten Studierenden, aber die niedrigste Akademikerquote. Wenn dieser Trend weitergeht, entwickelt sich Nordrhein-Westfalen zu einem Bildungs-Exportland. Gleichzeitig ist der Anteil der Arbeitslosen höher als in vergleichbaren Flächenstaaten, auch weil es zu viele Niedrigqualifizierte gibt. Auch das muss gestoppt werden.

2. Erfolg braucht Vernetzung: Das gilt insbesondere für das Ruhrgebiet

Der demographische Wandel wird einige Regionen wie zum Beispiel die Rheinschiene oder das Münsterland stärken, andere wie das Ruhrgebiet schwächen. Deshalb müssen die Ruhrgebietsstädte besser als bisher zusammenarbeiten und in konkreten Initiativen kooperieren. Sie dürfen ihre Stärken nicht gegeneinander ausspielen, sondern sie müssen sie bündeln und in einem langfristig orientierten Prozess ein gemeinsames Profil ihrer Stärken entwickeln.

3. Bildung ist die Schlüsselqualifikation – niemand darf zurückbleiben

Die Chancen auf Bildung sind ein Grundrecht aller. Aber das Bildungssystem leidet unter einem „Schisma“ zwischen einer bildungsfernen Ausbildung und einer praxisfernen Bildung. Das muss überwunden werden, indem Theorie und Praxis stärker vernetzt werden. Das Land muss darüber hinaus seine Anstrengungen auf alle diejenigen richten, die auf dem „normalen“ Bildungsweg keinen Erfolg haben: Durch eine verstärkte vorschulische Bildung, durch bessere frühkindliche Betreuung und durch eine verstärkte Förderung von Schulabbrechern. Und das Land muss die duale Ausbildung modernisieren, vor allem mit einem ausreichenden Lehrstellenangebot und mit der stärkeren Öffnung der Hochschulen für beruflich Gebildete.

4. Die Stärken stärken – Forschung und Wirtschaft vernetzen

Der wirtschaftliche Erfolg des Landes hängt vor allem von drei Faktoren ab: Erstens muss das Land seine Stärken weiter stärken – Branchen, in denen wir bereits heute gut sind: So die Energiewirtschaft, die chemische Industrie, die Telekommunikation oder die Werkstoffindustrie. Zweitens muss noch mehr in die Forschung investiert werden, vor allem von Seiten der Wirtschaft. Denn

das Land hat hier eine Schwäche, wie die „Innovationsindikatoren“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen. Außerdem müssen Wirtschaft und Forschung noch enger zusammenarbeiten. Und drittens müssen Wachstumsbremsen abgebaut werden: Dazu gehört auch, das Steuersystem zu vereinfachen, Unternehmensgründungen gezielt zu fördern und den so genannten weichen Standortfaktoren wie Kunst und Kultur mehr Beachtung zu schenken. Denn kreative Köpfe, die Innovationen vorantreiben, werden vor allem von den Standorten angezogen, die ein attraktives kulturelles Umfeld bieten.

5. Beschäftigungssicherheit für alle statt Bestandssicherheit für wenige

Die Welt der Arbeit ändert sich grundlegend. Normalarbeitsverhältnisse werden immer weniger die Norm sein, immer mehr Flexibilität ist erforderlich. Das Land braucht deswegen einen Paradigmenwechsel: Weg von der Bestandssicherheit für wenige und hin zur Beschäftigungssicherheit für alle. Dazu gehört zum Beispiel, den Übergang ins Rentenalter zu flexibilisieren und die Erfahrungen der Älteren besser als bisher zu nutzen. Außerdem müssen die Karrierechancen für Frauen gestärkt werden, u.a. durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

6. Der Staat kann nicht alles – ohne die Gesellschaft aktiver Bürger geht es nicht

Der Staat darf sich nicht überfordern. Die Gesellschaft aktiver Bürger, die sich selbst um ihre Angelegenheiten kümmern, muss das Leitbild sein. Der Staat muss sie fördern. Das gilt für Bürgerbegehren oder Bürgerentscheide ebenso wie für andere Formen des bürgergesellschaftlichen Engagements – auch wenn das die Parteien nicht immer freut. Und der Staat muss sicherstellen, dass *alle* an der Gesellschaft aktiver Bürger teilhaben können.

7. Die Einheit der Gesellschaft entscheidet sich wesentlich an der Frage der Integration der Zuwanderer

Die Frage der Integration der Zuwanderer ist in gewissem Sinne die Schlüsselfrage für die Einheit der Gesellschaft. Das Land muss alles tun, um den Zuwanderern eine volle Integration zu ermöglichen. Dazu sind verstärkte Bildungsanstrengungen von beiden Seiten der Schlüssel zum Erfolg. Zugleich muss die Bereitschaft zur Akzeptanz unserer Grundregeln erwartet und auch eingefordert werden. Aber auch die einheimische Gesellschaft muss lernen, mehr gesellschaftliche Heterogenität und kulturelle Vielfalt auszuhalten, ja sie als Bereicherung zu empfinden. Integration ja – Assimilation nicht unbedingt, das ist die Kernthese. Nordrhein-Westfalen hat dafür als traditionelles Einwanderungsland gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer.

Die „Warum-nicht..?-Fragen“

- Warum nicht nachgelagerte Studiengebühren?
- Warum nicht ein allgemeiner Sozialdienst für alle jungen Frauen und Männer?
- Warum nicht ein garantiertes Mindesteinkommen für alle?
- Warum nicht ein staufreies Ruhrgebiet durch intelligente Autobahnen?
- Warum nicht Kernkraft fortentwickeln und als Energiequelle weiter nutzen?
- Warum nicht die Möglichkeiten der Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen erweitern?
- Warum nicht ein kostenloser Zutritt zu den Dauerausstellungen der Museen?
- Warum nicht Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bund und Land einführen?
- Warum nicht stärker die Erfahrung von älteren Menschen nutzen?
- Warum nicht ein Kopftuchverbot auch für Schülerinnen?